

Antrag

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 17/7300 –
Landeshaushaltsgesetz 2019/2020 (LHG 2019/2020)

Weitere personelle Verbesserungen in den Schulen als Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit des rheinland-pfälzischen Schulsystems

I. Der Landtag stellt fest:

Die Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz leisten hervorragende Arbeit. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist eine gute Unterrichtsversorgung; hier war und ist Rheinland-Pfalz sehr erfolgreich. In den vergangenen Jahren ist es insbesondere gelungen, die Versorgung mit voll ausgebildeten Lehrkräften sicherzustellen. Im Gegensatz zu den allermeisten anderen Bundesländern ist es in Rheinland-Pfalz möglich, nahezu alle zur Einstellung zur Verfügung stehenden Stellen durch grundständig ausgebildete Lehrkräfte zu besetzen. Dies beruht nicht zuletzt auf der kontinuierlichen Einstellungspolitik, der systematischen Förderung der Lehramtsausbildung, der Optimierung von Einstellungsverfahren und der Schaffung attraktiver Konditionen für die Gewinnung von Lehrkräften.

Rheinland-Pfalz steht in harter Konkurrenz zu den anderen Bundesländern um gut ausgebildete und vielseitig einsetzbare Lehrkräfte. Daher ist es wichtig, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

II. Der Landtag begrüßt:

- dass die Unterrichtsversorgung der rheinland-pfälzischen Schulen durch die im Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehenen zusätzlichen 260 Stellen weiter verbessert und das Ziel der 100-prozentigen Unterrichtsversorgung konsequent verfolgt wird;
- dass die Landesregierung durch Einbindung aller Kräfte in den Studienseminaren eine Vielzahl von Wechselprüfungen – allein bislang rund 1 200 Wechselprüfungen II für Grund- und Hauptschullehrkräfte – durchgeführt hat;
- dass die Landesregierung Maßnahmen ergriffen hat, um Verbesserungen beim Einsatz der Feuerwehrlehrkräfte im Rahmen der Vertretungsreserve an Grundschulen zu erzielen;
- die Schaffung der Funktion der Didaktischen Koordinatorin/des Didaktischen Koordinators an Realschulen plus vor dem Hintergrund stetig gewachsener und neu hinzugekommener Aufgaben sowie mit Blick auf andere Schularten im Sekundarbereich I;
- dass vor dem Hintergrund der aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz zugezogenen Schülerinnen und Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen mit Sprachförderbedarf in Deutsch bereits bestehende Maßnahmen zur Sprachförderung in den Schulen weiter ausgebaut und erweitert wurden;

- den Ausbau des Vertretungspools;
- die Optimierung der Personalgewinnung durch Vorabzusagen, insbesondere im Bereich der Grund- und Förderschulen.
- die Option, Lehrkräfte ganzjährig auf Planstellen einzustellen;
- die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, z. B. durch eine Anhebung der Beamtenbesoldung und die Feriendurchbezahlung der Vertretungslehrkräfte.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die Durchführung von Wechselprüfungen bedarfsgerecht weiterzuführen;
- die im Doppelhaushalt 2019/2020 vorgesehenen zusätzlichen 80 Stellen für Feuerwehrlehrkräfte für eine Verbesserung bei kurzfristigen Vertretungen an Grundschulen zu nutzen und die Schulen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben beim Einsatz der Feuerwehrlehrkräfte zu unterstützen;
- die Fachkräftesicherung und -gewinnung von Lehrkräften fortzuführen, insbesondere im Bereich der Grundschulen, Förderschulen und berufsbildenden Schulen;
- die Möglichkeiten der Schulen zur eigenständigen Personalgewinnung weiter auszubauen;
- die für die Versorgung der Schulen mit Didaktischen Koordinatorinnen/ Koordinatoren vorgesehenen Stellen zeitnah qualifiziert zu besetzen;
- die Maßnahmen zur Sprachförderung fortzuführen und weiterhin die Umsetzung des Sprachförderkonzepts durch ausreichende personelle Kapazitäten sicherzustellen. Hierzu gehört die konsequente Nutzung des speziellen Einstellungskorridors für Lehrkräfte, die über eine Zusatzqualifikation in Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache verfügen sowie die Nutzung der für die Entfristung von Sprachförderlehrkräften bereitgestellten Stellen;
- den Aufbau von multiprofessionellen Teams an den Schulen weiter zu unterstützen und zu fördern;
- für die im schulpsychologischen Dienst tätigen Psychologinnen und Psychologen die erforderliche Anzahl an Planstellen für eine mögliche Übernahme in das Beamtenverhältnis zur Verfügung zu stellen.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer